

Karstadt: Arbeitsplätze mit staatlicher Bürgschaft retten

Was für Opel gilt, muss auch für Karstadt und Quelle gelten: Pleite verhindern, Beschäftigte schützen! Im Arcandor-Konzern, zu dem Karstadt, Quelle und der Reiseveranstalter Thomas Cook gehören, arbeiten allein in Deutschland mehr als 50 000 Menschen – vor allem Frauen. Ihre Arbeitsplätze sowie die bei Lieferanten und in der Logistik sind bedroht.

Managementfehler und überzogene Mietforderungen von Investoren tragen ebenso Schuld wie die schwache Binnennachfrage. Der gesamte Einzelhandel hat mit schlechten Umsatzzahlen zu kämpfen. Das ist ein Ergebnis von Agenda 2010 und Hartz IV von SPD und Grünen. Wer die Löhne drückt, würgt die Nachfrage ab.

Nein zur Zerschlagung von Karstadt

Die Bundesregierung und das Management der Karstadt-Mutter Arcandor schieben sich gegenseitig den schwarzen Peter für die Krise beim Warenhaus zu. Eine Pleite von Arcandor und eine Übernahme von Karstadt durch die Metro, wie von Union und SPD favorisiert, würde dutzende Standorte und tausende Arbeitsplätze kosten. Die Bundesregierung will dies eventuell mit einer Staatshilfe begleiten. Das wäre nichts anderes als staatlich subventionierter Arbeitsplatzabbau.

Staatsgelder für zukunftsfähige Arbeitsplätze

Die Beschäftigten bei Arcandor dürfen nicht Opfer einer Krise werden, die sie nicht zu verantworten haben. Das Bürgschaftsprogramm der Bundesregierung sollte dafür da sein, Arbeitsplätze zu retten.

Arcandor ist mit staatlichen Geldern zu unterstützen. Dabei muss die Beschäftigungssicherung eindeutig und verlässlich geregelt sein. Steuergeld darf nicht in die Taschen der Aktionäre fließen. Wo der Staat hilft, müssen Beteiligungen der öffentlichen Hand und der Belegschaften den Einfluss auf die Geschäftspolitik garantieren.

Millionäre zur Kasse

Nicht zuletzt sind die Eigentümer des Konzerns in die Pflicht zu nehmen. Arcandor gehört zu je rund einem Viertel Madeleine Schickedanz (geschätztes Vermögen: 1 Milliarde) und der Privatbank Sal. Oppenheim, die in den vergangenen Jahren Gewinne im dreistelligen Millionenbereich einfahren konnte. DIE LINKE fordert eine Millionärssteuer von fünf Prozent. Damit würden endlich Superreiche stärker an den Kosten des Gemeinwesens beteiligt werden.

Zukunftsfonds für nachhaltige Förderung

DIE LINKE unterstützt die Aktionen der Karstadt-Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft ver.di. Wir brauchen einen Schutzschirm für die Menschen, nicht nur für Banken und Konzerne! Schutzschirm für die Menschen heißt aber auch, dass nicht nur große Konzerne nach Staatshilfen verlangen dürfen. DIE LINKE fordert einen Zukunftsfonds für eine nachhaltige Wirtschaft, der sich auch an kleine und mittelständische Unternehmen richtet und dort Arbeitsplätze schafft und sichert.

www.linksfraktion.de/schutzschirm

